

An die Abgeordneten und Kandidaten des Bundestages  
Herrn A. Vaatz,  
Herrn A. Lämmel und  
Herrn K. Brähmig und  
den Vorsitzenden der CDU Sachsen Herrn Tillich

### Wahlprogramm der CDU

Sehr geehrte Herren,

in einer Zusammenkunft in der vergangenen Woche wurden wir auf die Seite 63 des Wahlprogrammes der CDU aufmerksam.

Dort steht im Kapitel „Sicherheit im Inneren und nach außen“ geschrieben:

**„Wir wollen, dass die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, dauerhaft niedrig bleibt. Das macht es möglich, dass wir unseren humanitären Verpflichtungen durch Resettlement und Relocation nachkommen.“**

Zunächst stellen wir fest, daß es richtig ist, die Frage der Sicherheit mit dem Thema Flüchtlinge und Zuwanderung in Verbindung zu stellen.

Bisher wurde dieser Zusammenhang stets abgestritten. Diejenigen, welche drauf hinwiesen wurden als NAZIS, rechtsradikale usw. abgestempelt.

Nach der Auffassung namhafter Staatsrechtler ist unser Land aber kein Einwanderungsland. Es gibt kein Gesetz, welches Deutschland zum Einwanderungsland erklärt und es gibt erst recht keine dahingehende Bestimmung des Grundgesetzes. Im Gegenteil nach dem Grundgesetz ist das „*Deutsche Volk*“ oder das „*deutsche Volk*“ (Präambel, Art. 1 Abs. 2 bzw. Art. 146, auch aus Art. 20 Abs. 4) zu dem Staat Bundesrepublik Deutschland verfasst. Solange nicht eine neue Verfassung des Deutschen Volkes Deutschland zum Einwanderungsland erklärt, ist der nationale Charakter der Bundesrepublik Deutschland nicht beendet.

Eine Einwanderungspolitik, die sich hinter dem Begriff „humanitäre Gründe“ verbirgt, ist somit mit dem Grundgesetz unvereinbar.

Aus diesem Grund bestehen bei uns große Bedenken, Ihnen unsere Zustimmung zu erteilen.

Auch wegen des gummihaften Sprachgebrauches der folgenden Begriffe bestehen auch große Bedenken.

- Wir meinen damit den Begriff „wollen“. Wir übersetzen das wie folgt: Wir wollten, es ist uns aber leider nicht gelungen.  
Das Wort „wollen“ ist durch „werden“ zu ersetzen.
- Was heißt „niedrig“? Dieses ist an Aussagegelosigkeit nicht zu überbieten. Demzufolge kann er immer eingehalten werden.

Infolge der grundgesetzlichen Ausschließlichkeit der Einwanderung ist das aber ohnehin nicht von Bedeutung.

Mit dem Wahlprogramm sollen endlich wir Deutschen in unserer Muttersprache angesprochen werden. Da haben solche fraglichen Begriffe wie „Resettlement“ und „Relocation“ nicht zu suchen.

Wir sind der Meinung daß damit die Wähler manipuliert werden sollen. Will man dahinter etwas verstecken. Solche fremdländischen Wörter klingen doch so modern und erscheinen weltmännisch.

Nach unserer Auffassung stehen

- „Resettlement“ (englisch) für „Umsiedlung“ und
- „Relocation“ (englisch) für Umsiedlung von schutzbedürftigen Personen innerhalb der EU.

Auch das steht im Widerspruch zum Grundgesetz.

Das Wahlprogramm der CDU setzt also von Anfang an auf die Verletzung des Grundgesetzes. Dem werden wir deshalb nicht zustimmen.

- Nach der Kronen-Zeitung (11.08.2017) unterstützt die Bundeskanzlerin den Vorschlag des UNO- Flüchtlingshilfswerks, mehr Flüchtlinge als bisher geplant dauerhaft in der EU aufzunehmen. Sie zeigte sich dafür offen, die Zahl der europaweit zugesagten Plätze von 20.000 auf 40.000 zu verdoppeln.
- Nach FOCUS (16.7.2017) lehnt die Kanzlerin Merkel eine Obergrenze für Flüchtlinge ab.

Wir hoffen doch, daß der CDU und den Bundestagskandidaten die bevölkerungspolitischen Auswirkungen auf die Struktur unseres Volkes bekannt sind.

- Ausgehend von der Geburtenrate unseres Volkes und derjenigen der Einwanderer ist die Forderung von Coudenhove-Kalergi (Karlspreisträger 1950) bestätigt.
- Im Jahre 2004 sagte Vural Öger (SPD und MdB):  
„Was der gute Süleyman vor Wien nicht geschafft hat, das schaffen unsere geburtenfreudigen Türkinnen in der Bundesrepublik.“

Sind diese Aussagen der Bundeskanzlerin mit dem Bundestag abgestimmt oder sind es erneut alternativlose Alleingänge der Bundeskanzlerin?

Was sagt die CDU/CSU Bundestagsfraktion dazu; oder wird sie gar nicht gefragt, wie schon oft bei anderen Alleingängen der Kanzlerin.

Wir befürchten, daß damit Deutschland über die „Hintertür“ zum Einwanderungsland erklärt wird.

Wir vom Gesprächskreis erbitten deshalb dazu von den Direkt-Kandidaten und von denen der Landesliste der CDU eine genaue Darstellung des eigenen Standpunktes zu diesem Teil des Wahlprogrammes und über die Wirkungen auf unser Volk.

Von diesen Aussagen werden unsere Wahlentscheidungen abhängig sein.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung für den Gesprächskreis

Günter Herbrich

Dr. Fritz Kleeberg

Jürgen Uhlmann

Gerd Medger

Internet: <http://weltenesche.com/beitr%C3%A4ge.html>